

## **Rede im Deutschen Bundestag**

von: Joachim Günther  
FDP-Bundestagsfraktion

Tagesordnungspunkt: 14  
**(zu Protokoll)**

### **Beratung Antrag der Fraktion Die Linke**

Beziehung der Europäischen Union mit Afrika  
solidarisch und gerecht gestalten

Drs. 17/3672

**Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wir debattieren heute in zweiter Lesung den Antrag der Fraktion Die Linke „Beziehungen der Europäischen Union mit Afrika solidarisch und gerecht gestalten“.

Lassen Sie mich zunächst festhalten: Wir alle sind fraktionsübergreifend überzeugt von der Wichtigkeit der Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Afrika und auch davon, dass diese solidarisch und gerecht gestaltet sein müssen. Nur eben in der Ausgestaltung ist der Antrag der Linken erwartungsgemäß ein immer wiederkehrender Angriff gegen die wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu Afrika. Dabei wirft die Linke der EU und ihren Mitgliedsstaaten vor, sie würden durch ihre Handels-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik die kolonialen Dominanzverhältnisse fortsetzen und damit eine sozial und ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Afrika erschweren.

Beispielsweise wird die Anschuldigung erhoben, die EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und die Liberalisierung der Märkte seien unausgewogen und eine Bedrohung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung afrikanischer Länder. Die Armut werde damit nicht beseitigt, ja sie verschärfe sich dadurch sogar. Die Linke lässt außen vor, dass letztlich nur eine wirtschaftliche

Entwicklung in den jeweiligen Ländern eine Grundlage für Arbeit und Auskommen ist. Deshalb ist es wichtig zu betonen, dass eine Zunahme des Handels zwischen der EU und den afrikanischen Ländern entwicklungsförderlich ist. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, dass bereits insgesamt 35 AKP-Staaten bislang ein (Interim-) Wirtschaftspartnerschaftsabkommen paraphiert haben und ihnen damit zoll- und quotenfreier Marktzugang für Waren in die EU gewährt wird (Übergangsfristen für Zucker -2015, Reis -2009). Darunter sind ein umfassendes regionales Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der Karibik-Region (CARIFORUM) und ein regionales Interimsabkommen mit der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC – East African Community). In allen anderen Regionen haben Sub-Regionen (z.B. südliches Afrika – SADC) bzw. einzelne Länder Interimsabkommen paraphiert und mit Ausnahme von Namibia auch unterzeichnet. Die Interimsabkommen konzentrieren sich dabei auf den Warenhandel. Sie bilden seit 2008 die Grundlage für die Weiterführung der Verhandlungen mit dem Ziel des Abschlusses umfassender WPAs. Parallel zur Weiterführung der Verhandlungen sollen die unterzeichneten Interimsabkommen umgesetzt werden.

In ihrem Antrag kritisieren die Linken auch, dass die EU und Deutschland mit Einzelstaaten oder kleineren Staatengruppen Abkommen geschlossen hat. Hierzu möchte ich sagen, dass Afrika aus 54 eigenständigen Staaten besteht, die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit für jedes Partnerland jeweils unterschiedlich sind und gerade auf die spezifischen Interessen, Bedürfnisse und Probleme der afrikanischen Staaten einzugehen, auch dass macht eine gute EU-Afrika-Strategie aus.

Afrika ist ein an Rohstoffen reicher Kontinent, der es in der Vergangenheit oft versäumt hat, daraus die richtigen Entwicklungswege einzuleiten.

Diese Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden. Allen sind noch die Worte „Blutdiamanten“ u. ä. bekannt. Jetzt gilt es auch mit unserer und der Hilfe der EU neue Wege zu beschreiten. Öleinnahmen sollten über Fonds für kommende Generationen mit angelegt werden. Das will

z. B. Ghana mit deutschen Entwicklungsexperten vorantreiben.

Dazu muss das Land aber erst in die Situation versetzt werden, den Schatz „Erdöl“ fördern zu können und über Pipeline zu vertreiben. Voraussetzung dafür ist auch der Schutz der Handelsinteressen und der Sicherheit im und um das Land.

Im Antrag der Linken heißt es auch, die EU sei nur auf den Schutz ihrer Handelsinteressen aus, beispielsweise durch die Marinemission ATALANTA. Außerdem gebe es eine Fokussierung der deutschen und europäischen Afrikapolitik auf den Auf- und Ausbau von Sicherheitsstrukturen in Entwicklungsländern. Auch darüber möchte ich Sie gern aufklären, denn beim nationenübergreifenden ATALANTA-Mandat (im Übrigen ist auch China involviert) geht es durchaus um den Schutz des Handels, aber eben zu allererst um den Schutz von Menschenleben und vor Kriminalität durch Piraten. Es wäre absolut unverständlich, würde man der Kriminalität im Golf von Aden nichts entgegensetzen. Man könnte annehmen, die Linken meinen, das Leben eines Seemannes sei weniger wert als das eines Piraten. Aber lassen Sie mich auf einer sachlichen Ebene bleiben. Weiterhin dient der Auf- und Ausbau von Sicherheitsstrukturen der Wiederherstellung der staatlichen Gewalt durch die Stärkung von Polizei und Justiz. In vielen fragilen und zerfallenden Staaten zeigt sich, dass genau der Aufbau der staatlichen Sicherheitskräfte nach demokratischen Spielregeln elementar für die Stabilisierung eines Landes ist und kriminelle Banden nicht plündernd und mordend durch das Land ziehen können. Letztlich geht es hier

ebenso um den Schutz der Bevölkerung und den Aufbau der Zivilgesellschaft.

Die Vorwürfe gipfeln in der Behauptung, dass sich hinter dem zivilen Engagement häufig die Stärkung staatlicher Repressionsorgane, die paramilitärischen oder militärischen Charakter haben, verberge. Hier scheinen die Antragsteller wohl im Hinterkopf Nord-Korea zu haben. Aber genau vor solchen Unterdrückungsstaaten, wie früher auch der gesamte Ostblock war, möchten wir Afrika bewahren. Dem Antrag liegt die permanente Anschuldigung zugrunde, die Bundesregierung finde sich mit Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen ab, sei sogar willens selbst davon Gebrauch zu machen. Durch seinen Grundtenor disqualifiziert sich der Antrag als eine ernsthafte sachliche Diskussionsgrundlage.

Die FDP-Bundestagsfraktion lehnt diesen Antrag ab.